

Unermüdliche Suche nach Gerechtigkeit in der Türkei

16. July 2024



Die Diyarbakir Protestant Church Foundation

Quelle: adfinternational.org

Die «Diyarbakir Protestant Church Foundation» kämpft gegen staatliche Diskriminierung, um ein neues Gotteshaus zu bauen. Trotz rechtlicher Hürden und wachsender Herausforderungen gibt die Gemeinde nicht auf.

In der 1,7-Millionen-Stadt Diyarbakir im Südosten der Türkei steht die «Diyarbakir Protestant Church Foundation» vor einer grossen Herausforderung: Seit ihrer Gründung im Jahr 2019 bemüht sich die Gemeinde um den Erwerb eines Grundstücks für den Bau eines neuen Gebäudes, das den Bedürfnissen der wachsenden Gemeinde gerecht wird. Trotz wiederholter Anträge wurden diese von den Behörden abgelehnt oder ignoriert. Diese offensichtliche Diskriminierung zeigt das schwierige Umfeld, in dem christliche Minderheiten in der Türkei leben.

Systematische, bürokratische Unterdrückung

Mehr als 100 evangelische Christen besuchen regelmässig die Gottesdienste der Gemeinde in Diyarbakir. Der jetzige Versammlungsort ist für die wachsende Gemeinde zu klein, so dass ein grösseres Gebäude benötigt wird. Rechtliche Hürden und Diskriminierung durch die Regierung erschweren jedoch den Erwerb eines Grundstücks.

[«ADF International»](#)-Mitarbeiterin Kelsey Zorzi, betont, dass die Diskriminierung gegen die «Diyarbakir Protestant Church Foundation» eine klare Verletzung des Grundrechts auf Religionsfreiheit und der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen der Türkei darstellt. «Das Land wurde speziell für die religiöse Nutzung ausgewiesen, aber die Regierung diskriminiert die Kirche, weil sie nicht mit der bevorzugten Religion des Staates verbunden ist», so Zorzi.

Suche nach Gerechtigkeit

Trotz aller Hindernisse hat die «Diyarbakir Protestant Church Foundation» ihren Kampf nicht aufgegeben. Unterstützt von «ADF International» geht die Gemeinde gegen das Gerichtsurteil vor und kämpft für die Anerkennung ihrer Rechte. Orhan Kemal Cengiz, der leitende Anwalt von «ADF International» in der Türkei, beschreibt die Situation als kritischen Eingriff in eines der grundlegendsten Menschenrechte: die Religionsfreiheit.

Diese Herausforderungen sind Teil eines grösseren Musters religiöser Diskriminierung in der Türkei, wo zunehmende Islamisierung und Nationalismus erhebliche Barrieren für die christliche Minderheit geschaffen haben. In einem Land mit rund 83 Millionen Einwohnern, von denen etwa 170'000 Christen sind, sind rechtliche und bürokratische Hürden zu einer alltäglichen Herausforderung geworden, die oft die Rechte und Freiheiten der Christen einschränken.

185 ausländische Pastoren ausgewiesen

Seit dem Jahr 2018 wurden mindestens 185 ausländische protestantische Geistliche unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit aus der Türkei ausgewiesen. Bei diesen Ausweisungen werden oft Vorwände wie das [Einwanderungsgesetzes «N-82»](#) herangezogen, um Personen aus dem Land zu werfen, die als Gefahr für die öffentliche Ordnung angesehen werden.

Die internationale Gemeinschaft, einschliesslich europäischer Bischöfe, hat Besorgnis über die Politik der Türkei gegenüber Christen geäussert. Insbesondere die jüngsten Umwandlungen der Kirche des [«Heiligen Erlösers in Chora»](#) und der [«Hagia Sophia»](#) in Moscheen wurden als Versuche kritisiert, die historische christliche Präsenz im Land auszulöschen und den interreligiösen Dialog zu untergraben.

Zum Thema:

[Griechen erzürnt: Türkei wandelt Kirche in Moschee um](#)

[Nur zum Schutz?: Türkische Regierung verstaatlicht Kirchen](#)

[Hilfe und Hoffnung: Kirchen in der Türkei: Einheit wurde gestärkt](#)

Autor: Anugrah Kumar / Daniel Gerber

Quelle: Christian Post / gekürzte Übersetzung: Livenet

Tags